

# News

## PENSIONS- SCHERE

Da purer Luxus, dort blanke  
Armut: Was unser System  
so ungerecht macht

€ 1.143,-

Pension brutto pro Monat

**Renate H.**, 70, ehemalige  
Tagesmutter – zum Leben  
bleiben ihr 400 Euro

**Dietmar Hoscher**, 57,  
dienstfrei gestellter  
Casinos-Manager

€ 42.850,-

Pension brutto pro Monat

# Leben im Luxus – und



**JACKPOT-GEWINNER.** Noch ist Ex-Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher, 57, bei einem Jahresgehalt von 588.296 Euro bis Juni 2022 dienstfrei gestellt. Danach dürfte er zu Österreichs Superpensionisten mutieren

# in der Armutsfalle

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander: Das zeigt sich auch bei den Pensionen. Auf der eine Seite Luxuspensionisten, die in Saus und Braus leben. Auf der anderen Mindestrentner an der Armutsgrenze

DURCHSCHNITTSPENSIONISTIN. Renate H. (70) ist eine ehemalige Tagesmutter. Nach Abzug von Fixkosten bleiben ihr 400 Euro zum Leben

# Das Land der Superpensionisten



**VERZICHT.**  
Casinos-Austria-  
Chefin Bettina  
Glatz-Kremsner  
hat auf  
100.000 Euro  
Pension verzichtet,  
wird aber dennoch  
400.000 Euro  
brutto pro Jahr  
bekommen

Die jüngst bekannt gewordenen Pensionsbezüge bei den teilstaatlichen **Casinos Austria** sind nur die Spitze des Eisberges. Laut Rechnungshof gibt es in Unternehmen im öffentlichen Eigentum fast 25.000 Personen mit zum Teil außerordentlich üppigen Zusatzpensionen. Und der Graubereich ist noch wesentlich höher.

Von Günter Fritz

**K**ein österreichisches Unternehmen ist in den vergangenen Monaten so sehr im öffentlichen Fokus gestanden wie Casinos Austria AG (Cas). Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen im Zuge der Ibiza-Affäre rund um Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache wegen angeblicher Absprachen mit Casinos-Miteigentümer Novomatic zu Glücksspiellizenzen und der Bestellung von FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo zum Casag-Präsident haben den Ruf des Unternehmens arg in Mitleidenschaft gezogen. Zu allem Überfluss wurden im Zuge der Ermittlungen auch noch horrend hohe Abfertigungszahlungen bei mutmaßlich parteipolitisch motivierten Vorstandswechseln bekannt. Und die üppig dotierte Pensionsverträge von denen Herr und Frau Österreicher träumen können.

## 400.000 Euro trotz Verzicht

So hat Bettina Glatz-Kremsner, die im März 2019 von der Finanzvorständin zur Generaldirektorin aufstieg, bei ihrem Pensionierungsantritt Anspruch auf einen Ruhestandszugang von 400.000 Euro brutto im Jahr. Umgelegt sind das monatlich 28.571 Euro brutto bei 14-maliger Auszahlung. Doch hätte Glatz-Kremsner, die seit rund 30 Jahren im Unternehmen ist, eigentlich einen noch höheren Anspruch – nämlich 500.000 Euro – gehabt, aber von sich

## Pensionsschere

Rund 1,7 Millionen Pensionsbezieher gibt es aktuell in Österreich. Die durchschnittliche Pension beträgt 1.300 Euro. Mindestpension gibt es keine, dafür aber eine Ausgleichszulage, damit Pensionisten mit einer geringen Pension auf zumindest 966 Euro pro Monat kommen. Zuletzt waren das 157.528 Personen. Die ASVG-Höchstpension von 3.402 Euro bekommen lediglich 5.676 Personen. Von den vier Luxuspensionen ist nur die von Bettina Glatz-Kremsner bestätigt. Die von Adolf Wala ist ohne Valorisierung, die von Karl Stoss und Dieter Hoscher beruhen auf Schätzungen von Unternehmenskennern.



PRO-KOPF-PENSION BRUTTO (14-MAL)

Quelle: Pensionsversicherungsanstalt, Casinos Austria, \* Schätzung

darauf verzichtet. „Sie hat gesagt, sie will das nicht in Anspruch nehmen“, erklärt dazu Casag-Sprecher Patrick Minar, der betont, dass „die 400.000 Euro gedeckelt und auch nicht valorisiert“ seien. Im Übrigen seien Pensionsverträge bei vergleichbaren Unternehmen in ähnlicher Höhe durchaus üblich. Ob der Verzicht mit Blick auf die öffentliche Wirkung der imagemäßig schon ramponierten Casinos erfolgte oder aus grundsätzlichen Motiven, bleibt offen. Glatz-Kremsner, die bis zu ihrer Beförderung auch Stellvertreterin von ÖVP-Partei-­chef Sebastian Kurz war, hat bei ihrem Funktionswechsel zudem eine Abfertigung erhalten – und zwar 1,6 Millionen Euro brutto.

### Jackpot für Hoscher

Noch besser erwischt hat es allerdings der im Vorjahr bei den Vorstandsröchaden abgelöste SPÖ-Vorstand Dieter Hoscher: Sein unfreiwilliger Abgang kostet das Unternehmen – und damit indirekt auch die Steuerzahler – mehr als vier Millionen Euro. Darin enthalten sind nicht nur Abfertigung sowie Boni für 2018 und 2019, sondern eine Urlaubersatzleistung für 108 nicht verbrauchte Tage in Höhe von 651.207 Euro brutto – also fast 6.000 Euro pro Tag. Der Clou für Hoscher ist allerdings, dass er seit 1.1.2020 bis 5.6.2022 – also bis zu seinem 60. Geburtstag – weiter beschäftigt wird, aber gleichzeitig dienst-

frei gestellt ist; und zwar bei einem Jahresbezug von 588.296,36 Euro brutto.

Aber auch nach Juni 2022 wird der Rapid-Wien-Kuratoriumsvorsitzende Hoscher nicht darben müssen. Denn dann dürfte er zum Superpensionisten Österreichs mutieren. Kolportiert wird nämlich eine Pension in Höhe von rund 600.000 Euro brutto im Jahr. Umgelegt entspricht das sagenhaften 42.850 Euro pro Monat. Diese Höhe ergibt laut gut informierten Kreisen folgendermaßen: Hoscher erhält nämlich zwei Pensionen. Die erste bekommt er von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), wo er von 1986 bis 1988 volkswirtschaftlicher Referent war. Die OeNB-Pension beträgt 50.000 Euro, also 3.571 Euro monatlich (14-mal). Das ist mehr, als die normale Höchstpension der Allgemeinen Sozialversicherung (ASVG) für Normalbürger ausmacht.

### 160.000 an der Armutsgrenze

Besonders pikant daran ist auch, dass laut Pensionsversicherungsanstalt (PVA) aktuell lediglich 5.676 Österreicher eine solche Höchstpension beziehen, aber fast 160.000 Pensionisten an der Armutsgrenze dahinschrammen. Diese beziehen die sogenannte Ausgleichszulage in Höhe von 966 Euro. Die wird schlagend, wenn die eigentliche Pension weniger als diesen Betrag ausmacht – und der Bund dann die Differenz auf die 966 Euro ausgleicht. Vor-

ausgesetzt, es wird ein Antrag dazu gestellt. Die durchschnittliche Alterspension betrug zuletzt übrigens 1.300 Euro. Das sind knappe 18.200 Euro pro Jahr (siehe Grafik).

Aber zurück zu Jackpot-Hoscher: Zusätzlich zur an sich schon sehr guten OeNB-Pension hat er noch Anspruch auf eine Pension der Casinos Austria. Und die wird offenbar besonders fett ausfallen. Kenner des Unternehmens gehen davon aus, dass sich diese in Höhe des Ruhestandsbezugs des ehemaligen Casinos-Austria-Generals Karl Stoss bewegen dürfte. Der musste 2017 den Platz für Alexander Labak – den Vertreter von Casinos-Großaktionär Sazka – räumen und kassierte in dem Jahr gar 4.243.894 Euro (inklusive rund 2,083 Millionen Euro Abfindung und Urlaubersatzleistung). Seine Betriebspension soll 550.000 Euro betragen, ist zu hören. Diese setze sich nach der Formel „62 Prozent des letzten Jahresbruttogehalts plus Durchschnitt seiner Boni der letzten fünf Jahre“ zusammen. Laut dieser Regelung hätte Stoss sogar noch mehr bekommen müssen, die Pensionszahlung wurde aber bei der Höhe seines Letztbezugs – also bei 550.000 Euro – gedeckelt.

Anspruch auf eine ähnliche Betriebspension soll auch Hoscher haben. Ob die ebenfalls bei 550.000 Euro gedeckelt ist, ist nicht bekannt. Immerhin soll Hoscher, ▶

## Pensionsleistungen öffentlicher Firmen

72 Unternehmen im öffentlichen Mehrheitsbesitz hat der Rechnungshof mit Blick auf deren Pensionszahlungen unter die Lupe genommen. Die ersten 35 finden Sie in dieser Tabelle. Besonders großzügig sind Sozialversicherungsträger und Energieversorger mit 17.634 bzw. 2.756 Pensionsbeziehern. Außer bei der Nationalbank handelt es sich dabei zudem um Zusatzpensionen, die zusätzlich zur normalen ASVG-Pension ausbezahlt werden. Nicht enthalten sind in der Tabelle zudem Wirtschafts- und Arbeiterkammer mit 808 und 1.409 Zusatzpensionsbeziehern sowie Unternehmen mit öffentlichem Anteil unter 50 Prozent.

Nr	Staatsnaher Betrieb	Pensionäre	Pensionszahlungen	PRO-KOPF-PENSION (€)
1	HETA ASSET RESOLUTION AG	6	€ 1.340.000	€ 15.952
2	VERBUND Thermal Power GmbH	1	€ 191.900	€ 13.707
3	Austro Control Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH	1	€ 118.400	€ 8.457
4	JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH	3	€ 329.000	€ 7.833
5	TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH	1	€ 108.100	€ 7.721
6	Österreich Werbung	2	€ 205.900	€ 7.354
7	Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH	1	€ 92.700	€ 6.621
8	Oesterreichische Nationalbank	1.371	€ 126.313.100	€ 6.581
9	Schönbrunner Tiergarten GmbH	1	€ 87.700	€ 6.264
10	VA Notariat	2	€ 150.400	€ 5.371
11	VERBUND AG	27	€ 1.995.200	€ 5.278
12	Agrarmarkt Austria Marketing GesmbH	1	€ 72.600	€ 5.186
13	KA Finanz AG	10	€ 685.400	€ 4.896
14	ASFINAG	11	€ 618.000	€ 4.013
15	Verein Theater der Jugend	2	€ 103.800	€ 3.707
16	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	2	€ 98.900	€ 3.532
17	Großglockner-Hochalpenstraßen AG	2	€ 98.600	€ 3.521
18	Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft	1	€ 43.700	€ 3.121
19	ÖBB-Infrastruktur AG	1	€ 42.400	€ 3.029
20	VERBUND Hydro Power GmbH	280	€ 10.584.700	€ 2.700
21	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG	3	€ 110.700	€ 2.636
22	KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft	78	€ 2.840.900	€ 2.602
23	Bregenzer Festspiele GmbH	1	€ 36.000	€ 2.571
24	Bundesimmobiliengesellschaft mbH	2	€ 65.300	€ 2.332
25	Österreichische Beteiligungs AG	2	€ 64.300	€ 2.296
26	Energie Burgenland AG	46	€ 1.457.200	€ 2.263
27	Austria Wirtschaftsservice GmbH	5	€ 156.000	€ 2.229
28	Austrian Power Grid AG	91	€ 2.751.600	€ 2.160
29	Hauptverband	162	€ 4.516.100	€ 1.991
30	Österreichischer Rundfunk	561	€ 14.936.200	€ 1.902
31	immigon portfolioabbau ag i.A.	25	€ 623.100	€ 1.780
32	GKK Vorarlberg	136	€ 3.235.600	€ 1.699
33	VERBUND Thermal Power GmbH & Co KG	75	€ 1.693.400	€ 1.613
34	VA Eisenbahn und Bergbau	713	€ 15.748.800	€ 1.578
35	AUVA	2.583	€ 56.148.100	€ 1.553
<b>Gesamt</b>		<b>6.209</b>	<b>€ 247.663.800</b>	<b>€ 2.850</b>
<b>Gesamt (72 Betriebe)</b>		<b>24659</b>	<b>€ 543.711.900</b>	<b>€ 1.575</b>

Quelle: Rechnungshof



**Solche Luxuspensionen sind absurd und für den Normalbürger weder vorstellbar noch nachvollziehbar“**

**Gerald Loacker**

Der Neos-Sozialsprecher tritt für eine Reform bei Luxuspensionen ein

der als besonders guter Verhandler in eigener Sache galt, laut Insidern stets darauf bedacht gewesen sein, um 20.000 bis 30.000 Euro mehr zu verdienen als die anderen Vorstände. Vom Casions-Sprecher ist dazu freilich nichts zu erfahren: Er verweist lediglich darauf, dass aktuell nicht mehr 62 Prozent, sondern lediglich 54 Prozent des Gehalts zur Formelberechnung herangezogen würden. Und bei Neuverträgen gebe es solche Regelungen auch nicht mehr – ebenso wenig wie alle anderen Mitarbeiter eine generelle Betriebspension über eine Pensionskasse erhielten.

### Pensionsparadies Nationalbank

Ähnlich ist die Situation bei der schon erwähnten Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), wo für seit 1998 eingetretene Mitarbeiter in eine Pensionskasse eingezahlt wird, es aber nicht mehr so großzügige Ruhestandsregelungen wie zuvor gibt. Dennoch finden sich in einer Auflistung des Rechnungshofs aus dem Jahr 2018 zu Unternehmen in öffentlichem Mehrheitsbesitz 1.371 OeNB-Mitarbeiter mit Pensionen nach dem Altsystem. Diese erhalten einen Ruhestandsbezug von im Durchschnitt 6.581 Euro monatlich – also fast das Doppelte der ASVG-Höchstpension. Es gibt freilich auch viele Ex-Nationalbanker, die mehr bekommen – zum Teil echte Luxuspensionen. Der in der Grafik auf Seite 21 angeführte Ex-OeNB-Präsident Adolf Wala erhielt nach seinem Ausscheiden 2003 eine Pension in Höhe von 31.915 brutto pro Monat. Da diese valorisiert ist und mit den Jahren ansteigt, dürfte sie mittlerweile beträchtlich höher sein. Kolportiert wird eine Summe von 38.900 Euro monatlich. Auch der ehemalige OeNB-Vizegouverneur Wolfgang Duchatczek, der in einen Schmiergeldskandal verwickelt war und mit der Nationalbank um seine Ansprüche vor Gericht stritt und dabei Recht bekam, erhält eine Pension in Höhe von 15.700 Euro. Und der am Mittwoch ver-

storbene Ex-Nationalbank-General Heinz Kienzl erhielt eine Pension von 30.158 Euro pro Monat. Da diese Zahlung ebenfalls evaluiert war und Kienzl 97 Jahre alt wurde, konnte sich der Ex-Banker mehr als drei Jahrzehnte an einer über die Jahre noch deutlich angestiegenen Pension erfreuen.

Aus „Datenschutzgründen“ will man diese Zahlen nicht kommentieren. Der kürzlich ausgeschiedene Gouverneur Ewald Nowotny habe jedenfalls keinen derartigen Ruhestandsbezug, heißt es dazu aus der Nationalbank. Für ihn sei, so wie für alle anderen ab 1998 eingetretenen OeNB-Mitarbeiter, während der Zeit ihrer Beschäftigung in eine Pensionskasse eingezahlt worden. Das sei „ein Gehaltsbestandteil“. „Die alten Dienstrechte“ seien „durch ein marktkonformes Dienstrecht, das sich an den Banken und Versicherungen orientiert, ersetzt“ worden. Zusätzlich habe auch der Gesetzgeber mit Jänner 2015 in die OeNB-Pensionen eingegriffen, was „massive Auswirkungen auf die Pensionen wie ein höheres Eintrittsalter und eine längere Durchrechnung“ habe, so ein Sprecher. Dennoch: Ende 2018 belief sich die Deckungserfordernis für die OeNB-Pensionen auf rund 2,9 Milliarden Euro. 2019 dürfte nochmals ein dreistelliger Millio-nenbetrag dazugekommen sein.

### Dringender Reformbedarf

Kein Wunder, dass die Neos als derzeit angriffigste Oppositionspartei Handlungsbedarf bei Unternehmen im öffentlichen Eigentum sehen: Zwar seien 2015 mit einem Sonderbegrenzungsgesetz eine Obergrenze für neue Luxuspensionen beim Dreieinhalbfachen der Höchstbemessungsgrundlage (18.795 Euro) sowie Solidarbeiträge für Altpensionisten eingeführt worden, doch das reiche nicht. „Solche Pensionen sind absurd und für Normalbürger weder vorstellbar noch nachvollziehbar“, sagt Neos-Sozialsprecher Gerald Loacker mit Verweis auf Unternehmen wie Nationalbank und Casinos Austria. Dass Letztere nicht auf der Rechnungshofliste aufscheinen, liege daran, dass der staatliche Anteil unter 50 Prozent liege. „Die Grauzone bei Luxuspensionen ist noch viel größer“, so der Neos-Abgeordnete Loacker, der neue Reformschritte fordert: etwa keine Steigerungen mehr für Beträge über der ASVG-Höchstbemessung sowie weitere Einschnitte bei Luxuspensionen: „Das ist schon allein deshalb nötig, weil letztlich die Steuerzahler für diese Millionenbeträge aufkommen müssen.“

Neue Terminals für:



## 3.000 ANNAHMESTELLEN



### Bis Mitte Juni 2020 werden in 3.000 Annahmestellen neue Terminals installiert.

Die Österreichischen Lotterien starteten im Jänner mit dem österreichweiten und flächendeckenden Rollout ihrer neuen Terminals. Es werden 3.000 der insgesamt rund 5.000 Annahmestellen mit diesen Terminals der neuesten Generation ausgestattet. Mehr als 10 Millionen Euro investieren die Österreichischen Lotterien in das Projekt, das auch ein Beitrag zur Wertschöpfung in

Österreich ist: Neuerlich arbeitet man dabei mit dem oberösterreichischen Hersteller KEBA zusammen. Die Vertriebspartner können sich nun über Fingerprint anmelden und ein größerer Bildschirm liefert verbesserte Kundeninformation. Die Software für die Terminals und das dazugehörige Zentralsystem wurde wie schon in der Vergangenheit von den Österreichischen Lotterien selbst entwickelt. Pro Woche werden nun österreichweit im Schnitt mehr als 100 Terminals installiert.

Mit nur 1 Euro Einsatz bis zu 75.000 Euro gewinnen

## ECHT HEISS: TOPTIPP



### Der andere Lotto Tipp: bei TopTipp auf das Lotto Ziehungsergebnis setzen.

TopTipp ist der andere Lotto Tipp, bei dem man für 1 Euro wahlweise auf eine, zwei, drei, vier oder fünf Zahlen der Lotto Ziehung setzt. Sind alle Zahlen, auf die man getippt hat, unter den gezogenen Lotto Zahlen, dann hat man einen fixen Betrag gewonnen: Ein 5-er Tipp bringt also 75.000 Euro, ein richtiger 4-er Tipp 3.500 Euro, ein 3er-Tipp 300 Euro, ein

2er-Tipp 25 Euro, und ein 1er-Tipp 3 Euro. Zudem bringt jeder siebente abgegebene Tipp einen oder mehrere Bonus Tipps, die dann ab der nächsten Runde gespielt werden können. TopTipp greift zwar auf das Ziehungsergebnis von Lotto „6 aus 45“ zu, ist aber ein eigenständiges Spiel mit eigenem Wettschein und kann es als Quicktipp gespielt werden. Alle Infos zu TopTipp gibt es auf [win2day.at](http://win2day.at) sowie in allen Annahmestellen.

[www.lotterien.at](http://www.lotterien.at)

Fotos: Achim Bieniek, Victor Jim Moye-Noza

WERBUNG

# Wenn 400 Euro zum Leben bleiben

Immer mehr Pensionisten haben in Zukunft immer weniger Geld. Deshalb hat die neue Regierung vergangene Woche einen Aktionsplan gegen Altersarmut angekündigt. Ob der helfen wird, ist fraglich. Drei Pensionisten aus Wien gewähren News einen Blick in ihr Leben und ihre Finanzen

Von Saskia Wolfesberger;  
Fotos: Matt Observe und Ricardo Herrgott

**DURCHSCHNITT.** Renate H. ist 70 Jahre alt, sie hat zwei Kinder, ein Pflegekind, war nie verheiratet. Fast 20 Jahre hat sie als Tagesmutter und Krisenpflegemutter gearbeitet. Davor als Friseurin, Kellnerin und Hilfskraft. Heute bekommt sie eine Pension von 1.143 Euro. Nach Abzug der Fixkosten von 750 Euro für Miete, Strom, Heizung, Internet und Medikamente bleiben Renate H. monatlich 393 Euro zum Leben

**D**ie Menschenschlange wird länger. Etwa 40 Frauen, Männer und Kinder stehen vor dem Gemeindesaal der Pfarre Alt-Ottakring in Wien. Sie warten dicht gedrängt hinter einem Absperrgitter auf Einlass. Die meisten von ihnen sind Alleinerziehende, Flüchtlinge – und Pensionisten. Sie umklammern die Griffe ihrer Einkaufstrolleys und Plastiksackerln. Unter ihnen wartet Renate H. Sie trägt eine hellblaue Daunenjacke, einen grauen Hut und ist geschminkt. Ein gepflegtes Aussehen ist der 70-jährigen Niederösterreicherin wichtig. Auch wenn sie, wie fast jeden Freitagmorgen, in der Schlange steht und auf die Lebensmittelausgabe der Caritas wartet.

### Erst Friseurin, dann Tagesmutter

Vor zehn Jahren wurde das Projekt Le+O, also Lebensmittel und Orientierung, als Kooperation zwischen der Caritas, der Erzdiözese Wien und mehreren Pfarren ins Leben gerufen. Seitdem steigt die Zahl der Menschen, die das Angebot nutzen. Darunter sind immer mehr Pensionisten. Und die Zahl der armutsgefährdeten Senioren dürfte in Zukunft weiter drastisch ansteigen. Das prognostiziert der Pensionsexperte Bernd Marin (siehe Interview auf Seite 28). Die neue türkis-grüne Regierung will Altersarmut bekämpfen, sagt sie. Ein nationaler Aktionsplan soll dafür ausgearbeitet werden. Ob der helfen wird? „Die

neue Bundesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob die Schlangen bei Le+O länger werden oder kürzer“, sagt Klaus Schwertner, Generalsekretär bei der Caritas Wien.

Bis es so weit ist, wird Renate H. immer wieder dort warten. Sie stammt aus dem Waldviertel. Als sie jung war, besorgte ihr ihre Mutter eine Lehrstelle als Friseurin in Wien. Damals hatte sie keine Berufswahl. In den frühen 70er-Jahren jobbte sie als Hilfsarbeiterin in einer Fabrik für Impfstoffe. Sie verliebte sich und bekam eine Tochter, der Mann verließ sie. Sie verliebte sich wieder und bekam zwei Söhne. Der jüngste starb nach zwei Tagen. Der Mann verließ sie. Renate H. war am Boden zerstört. Eine Nachbarin versuchte sie aufzubauen, erzählte ihr von der Möglichkeit, sich um ein Pflegekind zu kümmern. Renate H. fragte beim Jugendamt an, und sie brachten ihr ein sechs Tage altes Baby.

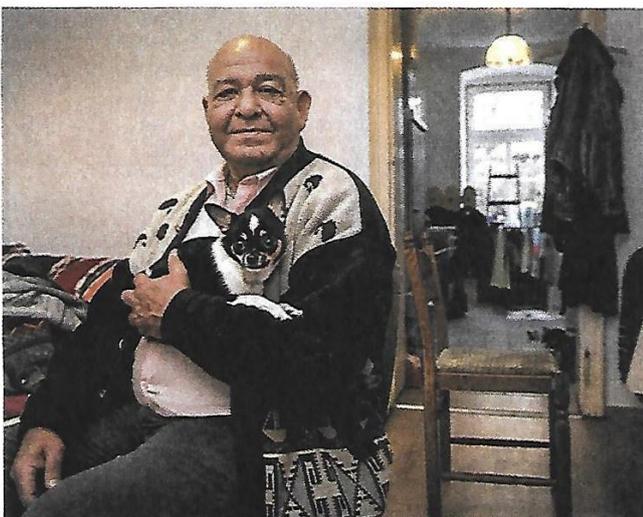
Von da an stand der Kontakt zur MA 11 und Renate H. rutschte zusätzlich zur Pflugschaft in den Beruf der Tagesmutter rein. Zum ersten Mal konnte Renate H. etwas in die Pensionskasse einzahlen. An manchen Tagen passte sie auf sechs Kinder im Alter zwischen sieben Monaten und sechs Jahren auf. Dazu noch auf ihre eigenen zwei Kinder und das Pflegekind. Mehr als 20 Jahre war sie Vollzeit angestellt. „Ich habe immer mehr als 40 Stunden gearbeitet“, sagt Renate H. Seit 2007 ist sie in Pen-

sion. „Ich hätte sicher mehr Geld bekommen, wenn ich drei, vier Jahre länger als Tagesmutter gearbeitet hätte, aber ich habe es einfach nicht mehr geschafft“, sagt sie und zuckt mit den Schultern.

In die Menschenschlange vor dem Gemeindesaal kommt Bewegung. Ein Mann mit grau meliertem Haar und Bart, der ein rotes Caritas-T-Shirt trägt, verteilt an die Wartenden Zettel. Walter Schuh, 78 Jahre, ist hier einer von 24 freiwilligen Helfern an diesem Tag. „Wir geben Nummernzettel aus, damit die Menschen nicht schon Stunden vorher hierherkommen, um zu warten, sondern per Zufallsprinzip reingelassen werden“, erklärt Schuh. Renate H. zieht heute die Nummer 41.

### Kellnern bis 67 Jahre

Etwas früher dran ist Pensionist Arif M. Der 69-jährige Serbe trägt eine speckige Schiebermütze aus Leder und eine alte Winterjacke. Er schiebt seinen blauen Einkaufstrolley vor sich her und durch den Gemeindesaal. Vorbei an den Tischen, auf denen die Lebensmittel in Obstkisten aufgestapelt sind. Arif M. lebt seit 1972 in Wien. Damals zog es den gelernten Gastronomen in den Westen, um mehr Geld zu verdienen. Erst arbeitete er als Hilfsarbeiter im Schlachthof Sankt Marx und mistete die Ställe der Pferde und Schweine aus. Nebenbei lernte er Deutsch. Dort verdiente er 4.000 Schilling, also keine 300 Euro. ▶



**ÄRMER ALS ARM.** Arif M. ist 69 Jahre alt. 1972 ist er aus Serbien nach Wien gezogen. Er hat erst als Hilfsarbeiter, dann 38 Jahre als Kellner gearbeitet. Mit 67 Jahren ist er in Pension gegangen. Heute bekommt er 863 Euro vom Staat. Seine Fixkosten betragen 420 Euro. Zum Leben bleiben ihm 443 Euro



**MINDESTPENSION.** Gabriela Z. wird heuer 62 Jahre. Sie hat ihren Sohn alleine großgezogen. Nebenbei hat sie als Hausbesorgerin, Verkäuferin oder Kellnerin gearbeitet. Oft nur 20 Stunden, manchmal hat sie schwarzgearbeitet. Seit zwei Jahren bekommt sie 885 Euro Pension und einen Mietzuschuss von 109 Euro. Ihre Fixkosten betragen etwa 500 Euro. Ihr bleiben 494 Euro

Er konnte davon leben, sagt er. Nur, dass er da in die Pensionskasse eingezahlt hat, glaubt er nicht. Nach einem Jahr bekam er eine Stelle in der Wäscherei eines Hotels. Das Gehalt war noch geringer, aber er durfte dort wohnen. Es folgten Jobs auf einer Baustelle, als Spediteur und in einer Gärtnerei. Angemeldet war er nicht immer. Irgendwann bekam er eine Festanstellung als Kellner. Die behielt er 38 Jahre lang.

Erst vor zwei Jahren, nach einem Krankenhausaufenthalt, musste sich Arif M. eingestehen, dass er nicht mehr arbeiten kann. Seitdem bezieht er eine Pension von 863 Euro. Das ist weit unter der Armuts-grenze in Österreich – die liegt bei 1.060 Euro (netto 14-mal pro Jahr). Arif M. bekommt keine Zuschüsse für Miete oder Strom. Er weiß nicht, wie er so was beantragen muss. Er versucht, so sparsam wie möglich zu leben. Seine 29-Quadratmeter-Wohnung kostet 287 Euro. Darin sind 50 Euro enthalten für Renovierungsarbeiten. Seine Wohnung schaut jedoch renovierungsbedürftig aus. Die Farbe blättert von der Wand, er muss mit Strom heizen, die Toilette ist draußen auf dem Gang. Für Strom, Fernsehen und eine Ablebensversicherung zahlt er 133 Euro. So bleiben ihm 443 Euro. Sparen kann er nichts. Sein Luxus sind Zigaretten und der Hund Elli. Dann bleiben ihm 200 Euro für Lebensmittel. „Ich leihe mir am Monatsende oft Geld bei Freunden und Verwandten. Wenn die Pension dann auf dem Konto ist, zahle ich alles zurück, bis es wieder von vorne losgeht“, beschreibt Arif M. sein System.

### Durchschnitt und trotzdem arm

Zurück in der Schlange. Caritas-Mitarbeiter Walter Schuh ruft die Nummer 41 auf. Renate H. darf in die Eingangshalle. Hier wärmen sich schon die auf, die bereits reindurften. Sie sitzen an Tischen, trinken Kaffee oder Tee und essen Mamorkuchen. Es ist laut wie auf dem Jahrmarkt. Renate H. drängt sich an Kinderwägen und Stühlen vorbei und holt sich einen Kaffee, essen kann sie heute nichts. Sie musste sich ihre Zähne richten lassen. Ein finanzieller Absturz für Renate H. Sie rechnet vor: „Ich bekomme jetzt 1.143 Euro Pension. Davon muss ich jeden Monat 450 Euro Miete zahlen, 300 Euro für Strom, Heizung, Internet, Telefon und Medikamente, weil ich Diabetes habe. Mir bleiben also 393 Euro zum Leben“, sagt sie. Mit dieser Kalkulation liegt die Pensionistin etwas über dem österreichischen Durchschnitt. Denn der liegt bei Frauen laut der Pensionsversicherungsan-



**DAS ANGEBOT.** Freitagmorgen vor der Pfarre Alt-Ottakring warten Alleinerziehende, Flüchtlinge und Pensionisten auf die Lebensmittelausgaben der Caritas. Drinnen verteilen Freiwillige das Essen an Bedürftige



stalt (PVA) in Österreich bei 1.033,24 Euro. Trotzdem wird es für Renate H. jeden Monat eng. Ihre neuen Zähne musste sie vor Weihnachten bezahlen. 450 Euro haben die gekostet. Dafür hat sie ihr Konto überzogen. In diesem Monat konnte sie 200 Euro zurückzahlen. „Ich lebe billig. Esse kein Fleisch, keine Wurst. Ich esse überhaupt viele Dinge, die ich vorgekocht habe, und dafür gehe hier einkaufen.“

### Wenn der Antrag eine Hürde ist

Für 3,80 Euro bekommen sie, Arif M. und die anderen hier etwa 15 Kilo Lebensmittel. Darunter Gemüse, Obst, Joghurt, Brot, Tee. Alles Dinge, die Supermärkte der Caritas spenden. Jeder, der einen Mitgliedsausweis hat, darf hier einkaufen. So ist sicherge-

stellt, dass das System nicht ausgenutzt wird und die Menschen wirklich arm sind die hierherkommen.

Renate H. schämt sich nicht dafür. „Ich habe immer gearbeitet, und jetzt erleichtert mir dieses Angebot mein Leben.“ Et was unfair behandelt fühlt sie sich trotzdem. „Wenn ich weniger gearbeitet hätte würde ich heute die Mindestsicherung bekommen. Dann müsste ich keine Fernsehgebühren bezahlen und würde einen Zuschuss für Medikamente bekommen. Tatsächlich unterstützt die Mindestsicherung Wiener und Wienerinnen, die ein Einkommen von weniger als 917,35 Euro haben. Also hätte auch Arif M. einen Anspruch auf einen Zuschuss – wenn er wüsste, wie das geht.“

PENSIONSEXPERTE BERND MARIN

## Altersarmut nimmt in Österreich drastisch zu

**D**en Ruhestand sorgenfrei genießen? Für immer mehr Senioren wird das unmöglich. Bis 2030 steigt die Altersarmut laut dem Pensionsexperten Bernd Marin deutlich an.

### Wie verbreitet ist Altersarmut derzeit in Österreich?

Die Zahl der von Altersarmut bzw. -gefährdung in Österreich Betroffenen betrug zuletzt etwas über 200.000 Personen. Davon sind rund zwei Drittel Frauen. Jeder elfte Pensionist, jeder siebte über 65 ist armutsgefährdet. Österreich ist damit zwar im obersten Viertel der EU-Länder in erfolgreicher Armutsbekämpfung, aber doch nicht unter den top drei bis fünf der Mitgliedsländer, wie Ambitionen und ein häufig etwas geschöntes Selbstbild als höchstentwickelte Wohlfahrtsgesellschaft nahelegen.

### Was sind die Gründe für Altersarmut in Österreich?

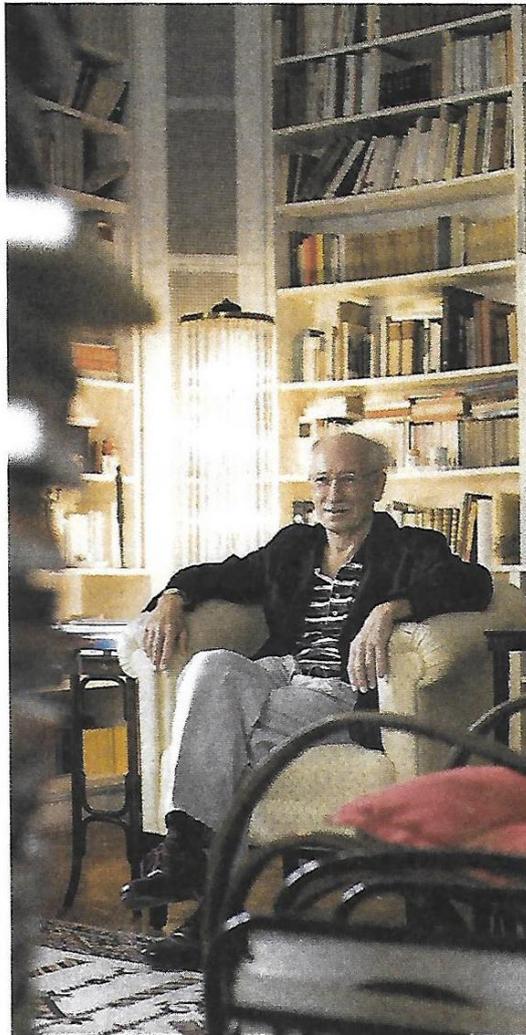
Ein wirksamer Sozialstaat kann weitverbreitete Altersarmut lindern. Dass sie sich aber nicht ausschließen lässt, hängt auch mit den Möglichkeiten freier Entscheidungen zusammen. So wirkt etwa die über eine Generation hin geradezu explosionsartige Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen von rund 100.000 auf über eine Million als derzeit wohl wichtigste Einflussgröße auf spätere Altersarmut.

### Wie schaut Ihre Prognose für die Zukunft aus? Gibt es einen Trend zur Altersarmut?

Höchstwahrscheinlich leider ja, nach Jahrzehnten genau entgegengesetzter Entwicklungstendenzen. Ich rechne bis in die 2030er-Jahre mit über drei statt derzeit über zwei Millionen Pensionistinnen und Pensionisten, dabei aber mit bis zu einer Million statt zurzeit etwa 200.000 armen bzw. armutsgefährdeten alten Menschen und einer verstärkten Feminisierung der Altersarmut, trotz der gegenwärtigen stillen Bildungsrevolution zugunsten der Frauen bei den jüngeren Generationen.

### Woran liegt das?

Hauptgrund wird auch in absehbarer Zukunft die Prävalenz von Teilzeitbe-



DER EXPERTE. Bernd Marin ist einer der renommiertesten Sozialwissenschaftler Österreichs und gilt als profunder Pensionsexperte

schäftigung bei Frauen sowie die sehr starke Ungleichverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sein.

### Sind Frauen am Ende selbst schuld, wenn sie in Teilzeit arbeiten und später geringe Pensionen haben?

Ganz einfach: Selbst wenn eine Frau genau dasselbe verdienen würde wie ein Mann, aber nur Halbzeit arbeitet, hat sie 50 Prozent seines Einkommens. Das Armutsrisiko liegt jedoch bei 60 Prozent des Medianeinkommens, also ist sie dann schon unter der Gefährdungsgrenze. Das heißt, Frauen, die jahrzehntelang Teilzeit arbeiten, kom-

men nur mit guten Einkommen und über 28 Stunden Teilzeit (wie z. B. Apothekerinnen) über die Armutsschwelle im Alter. Die große Mehrheit der Durchschnittsverdienerinnen bleibt armutsgefährdet sogar dann, wenn sie das Gleiche verdienen würde wie Männer, wovon wir leider weiter entfernt sind als 25 andere EU-Länder. Der Preis für langjährige Teilzeitarbeit ist existenziell bedrohlich.

### Was bräuchte es von Seiten der aktuellen Regierung, um Altersarmut in Zukunft zu vermindern?

Leider ist das derzeit keine Priorität. Immerhin soll mit dem verbindlicheren Pensionssplitting eine seit Jahrzehnten auch von mir erhobene Forderung endlich umgesetzt werden. Bisher wurde bei Scheidung der Zuwachs an Vermögen in der Ehe geteilt, nicht aber die Pensionsansparungen als größter Vermögenstitel im Leben der meist Besitzlosen. Nach den Plänen der ÖVP-Grünen-Regierung soll die bisherige Default-Regelung umgedreht werden, von Opting-in zu Opting-out. Bisher musste man bzw. frau ein Splitting beantragen, was aber schon aus Unkenntnis kaum wer gemacht hat. Künftig müssen sich beide aktiv dagegen aus-

sprechen, wenn sie ihre Pensionen nicht zeitweilig partnerschaftlich teilen wollen. Das sichert Frauen und Männer ab, die auf eine „bessere Hälfte“ an Einkommen zählen können, also die überwältigende Mehrheit von uns.

### Das begünstigt aber doch nur einen Teil der armutsgefährdeten Pensionisten. Ist das also nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

Doch mehr als das. Denn die Mehrheit der Frauen, die immer noch Männern den Rücken für ihre Karriere freihält, hat Anspruch auf eine bessere Pension.